

# *Messerschmitt Papier*

*Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Bamberger Stadtrat*

# Messerschmitt Papier

## Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Bamberger Stadtrat

CSU, SPD, BuB und FDP beabsichtigen, bis zum Jahr 2020 zum Wohle der Stadt im Bamberger Stadtrat zusammenzuarbeiten. Dazu wird eine inhaltliche und organisatorische Vereinbarung auf der Grundlage der bestehenden Positionspapiere getroffen:

### **A) Inhalte:**

#### **1. Finanzen/Wirtschaft:**

- Die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit ist eine der politischen Kernaufgaben. Dazu müssen ausgeglichene Haushaltsentwürfe ohne Nettoneuverschuldung verabschiedet werden.
- Die übereinstimmenden Vorschläge aus dem Landkreis und der Stadt Bamberg zur intensiveren Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft werden fortgeführt.
- Zur Stärkung der Bamberger Innenstadt wird vereinbart, dass ein zweiter verkaufsoffener Sonntag dauerhaft eingeführt werden soll.
- Die Einkaufsstadt Bamberg ist mit der Realisierung des Quartiers an der Stadtmauer zu stärken, wobei auf den Erhalt der bestehenden Bodendenkmäler und die Schaffung zusätzlichen Wohnraums besonders Wert gelegt wird.
- Die bestehenden Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt bleiben erhalten.
- Wiederbelebung eines Wirtschaftsbeirates für die Stadt Bamberg.
- Erstellung eines Veranstaltungskonzeptes auf der Grundlage der bestehenden Veranstaltungen in der Innenstadt.

#### **2. Kultur/Bildung/Schule:**

- Das „Kesselhaus“ im alten Krankenhaus soll für künstlerische Zwecke hergerichtet werden. Die Stärkung der bildenden Kunst soll in diesem Zusammenhang geprüft werden.
- Einführung eines Kulturstipendiums und Kulturentwicklungsplanes für die Stadt Bamberg
- Das „Jugendkulturzentrum“ in der Wolfsschlucht soll schnellstmöglich umgesetzt werden, wobei auch private Initiativen und Betreibermodelle zu prüfen sind.

- Das „Jahrhundertprogramm Schulsanierung“ ist fortzusetzen. Die Erstellung eines Bamberger Schul- und Sportentwicklungsplanes ist voranzutreiben.
- Die Mittel für den laufenden Schulunterhalt sollen kurz- und mittelfristig erhöht werden. Die Planungen zur Generalsanierung der „Blauen Schule“ sind umgehend in Angriff zu nehmen.
- Schrittweise Sanierung des Sportstadions Gaustadt incl. der vorhandenen Gebäude und Aufbauten im Rahmen eines Stufenplans über 6 Jahre.

### **3. Familie/Soziales/Jugend/Senioren:**

- Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Familien, hat Vorrang.
- Ausbau der Zusammenarbeit im Gesundheitswesen zwischen der Stadt und dem Landkreis Bamberg, u.a. mit der Entwicklung eines gemeinsamen und zentralen Pflegestützpunktes.
- Das Wohnquartier im ehemaligen „Glaskontor-Gelände“ ist zügig zu realisieren, wobei die Konzeption zu überarbeiten ist: Schaffung von Pkw-Abstellplätzen für die jeweiligen Wohnhäuser und Sicherung einer Nahversorgungseinrichtung.
- Die Sanierung bestehender Toilettenanlagen in der Innenstadt sowie die Mittelbereitstellung für neue WC's und Ruheplätze sind wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Innenstadtentwicklung, insbesondere für die Bedürfnisse unserer Senioren. Dazu sind die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen.
- Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements soll eine zusätzliche Koordinationsstelle Ehrenamt geschaffen werden.
- Die Geh- und Radwege der Stadt werden nach einem Prioritätenplan saniert und eine zentrale Meldeplattform für BürgerInnen innerhalb der Verwaltung eingerichtet.
- Für die Sanierung der Kinderbetreuungseinrichtungen ist ein Prioritätenplan zu erarbeiten.
- Die Jugendsozialarbeit an Grundschulen ist auszubauen.

### **4. Stadtentwicklung:**

- Die Konversion soll keine reine Besiedlungskonversion sein, sondern die künftigen Entwicklungsziele der Stadt Bamberg in den Mittelpunkt stellen: Schaffung von neuem Wohnraum, Gewinnung von zusätzlichen Gewerbeflächen, Entwicklung von Freizeit- und Erholungsflächen, Stärkung des Schul-, Sport und Kulturstandortes. Die Zollnerstraße ist als mögliche Haupteerschließungsachse für den motorisierten Individualverkehr offen zu halten. Eine Entwicklungsgesellschaft wird zur Weiterentwicklung der Konversionsflächen angestrebt.

- Beim ICE-Ausbau wird die Variante der bisherigen „Ostumfahrung“ aus ökologischen und stadtentwicklungspolitischen Gründen abgelehnt. Die zukünftige Bahntrasse muss den bestmöglichen Lärmschutz für Anwohner/innen gewährleisten. Die Vertragspartner sind sich einig darüber, dass zusätzliche Streckenführungsvarianten - wie zum Beispiel der sog. „Bahnsinn-Vorschlag“ - noch einmal überprüft werden sollen.
- Die Errichtung eines Regionalen Omnibusbahnhofes (ROB) ist baldmöglichst umzusetzen.
- Schaffung einer neuen Zufahrt zum Klinikum von der Weizendorfer Straße
- Fortführung des Programms „Auf die Plätze“ unter Berücksichtigung der Plätze „Lossahaus-Platz“ und „Troppauplatz“ sowie schrittweise Umsetzung des Lichtmasterplans.
- Die Modernisierung der Feuerwehrstandorte bleibt ein vorrangiges Ziel: Dabei haben die Errichtung der Löschruppen 2 und Löschruppe 5 Vorrang.
- Die „Unteren Mühlen“ sind auf der Grundlage der bestehenden Substanz zu sanieren: Dabei soll eine Kombination aus Wasserkraftnutzung und architektonisch hochwertigem Städtebau herbeigeführt werden. Bei der Nutzungsart ist auf die Belange des Welterbes besonders Rücksicht zu nehmen.
- Im Rahmen der Verwaltungsreform sind die städtischen Dienststellen zu konzentrieren. Dem Erwerb und der Umnutzung des bisherigen Kreiswehersatzamtes an der Promenade kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

## **5. Umwelt:**

- Der neue Fahrradweg am Regensburger Ring ist zeitnah zu realisieren.
- Der Ausbau der regenerativen Energien wie zum Beispiel „Elektromobilität“ ist voranzutreiben, insbesondere durch entsprechende Initiativen bei den Stadtwerken und den Regionalwerken.
- Der Nahverkehrsplan unter dem Dach des VGN wird als geeignetes Instrument angesehen, den ÖPNV zu stärken und auszubauen.

## **B) Organisation:**

- Zur Umsetzung und zur Sicherstellung einer reibungslosen Zusammenarbeit sollen die Fraktionsvorstände und Senatssprecher monatlich die politische Arbeit koordinieren. Gemeinsame Treffen aller Fraktionsmitglieder sind einmal im Halbjahr vorgesehen. Weitere Fraktionen/Gruppierungen können zu den regelmäßigen Konsultationen hinzugezogen werden. (Stand 01.07.2014)